

## **PROTOKOLL**

**der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 23. April 2013  
St. Galler Kantons- und Gemeindepersonal**

---

**Vorsitz:** Benno Lindegger, Präsident

**Anwesend:** 94 Mitglieder

**Zeit:** 18:00 – 19:35 Uhr

**Ort:** Pfalz Keller

**Protokoll:** Brigitta Sonderegger

---

## **GESCHÄFTSORDNUNG**

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 14. Februar 2012
4. Abnahme des Berichtes über das 96. Verbandsjahr 2012
5. Abnahme von Jahresrechnung und Revisorenbericht 2012
6. Festsetzung des Jahresbeitrages 2014 und Genehmigung des Voranschlages für das 97. Verbandsjahr 2013
7. Varia

## 1. Begrüssung

Der Präsident, Benno Lindegger, begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2013. Er freut sich über die grosse Präsenz, sei dies doch ein Zeichen von Interesse und Solidarität in Zeiten, in denen alles etwas schwieriger ist. Schwierig sei es zurzeit tatsächlich für das Personal des Kantons St.Gallen. Aber anstatt zu lamentieren, muss sich das Personal in der Sozialpartnerschaft mit seinem Arbeitgeber, d.h. mit der Regierung und ebenfalls und vor allem mit dem Kantonsrat richtig positionieren. Richtig positionieren heisst, ein ernsthafter Verhandlungspartner zu sein und darin seine Themen zielführend zu platzieren. Dazu werde er sich in seinen Ergänzungen zum Jahresbericht ausführlicher äussern.

Der Präsident kündigt als Gastreferenten den Stadtrat Fredy Brunner an, der im Laufe der Versammlung eintreffen werde.

Entschuldigt haben sich Regierungsrat Martin Gehrler und ebenfalls der Leiter des Personalamtes Primus Schlegel.

Herzlich willkommen heisst der Präsident die Ehrenmitglieder des Verbandes, wie immer in der Reihenfolge ihres Aufnahmedatums:

- Elisabeth Eberle Uhler
- August Holenstein
- Dr. Remi Kaufmann
- Marcel Bischof

Entschuldigt hat sich von den Ehrenmitgliedern:

- Gion Pieder Casaulta

Vor dem Wechsel zu den eigentlichen Traktanden, stellt Benno Lindegger die Präsenz fest. Anwesend sind 94 Mitglieder. Das absolute Mehr beträgt 48.

Die Traktandenliste wurde den Mitgliedern rechtzeitig zugestellt. Neu wurden der Jahresbericht, die Rechnung und der Revisorenbericht auf die Homepage des Verbandes gestellt. Zusätzlich gab es die Möglichkeit, die Unterlagen beim Verbandssekretariat als Print zu bestellen, wovon lediglich zwei Mitglieder von über 1500 Gebrauch gemacht haben. Zu dieser Neuerung gab es ausschliesslich positive Reaktionen, weshalb die Kommunikation des Verbandes in Zukunft weiterhin so erfolgen soll.

Der Präsident hält fest, dass die Mitgliederversammlung ordnungsgemäss einberufen wurde.

Anträge von Mitgliedern sind keine eingegangen, weshalb dieses Traktandum auf der Traktandenliste nicht aufgeführt ist. Änderungswünsche zur Traktandenliste werden keine angebracht.

## 2. Stimmzähler

Als Stimmzähler sind vorgeschlagen und ohne Opposition gelten diese Personen praxisgemäss als gewählt:

- Ernst Roth
- Max Schenkel

### 3. **Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 14. Februar 2012**

Das Protokoll steht auf der Homepage des Verbandes zur Einsicht offen. Der Vorteil gegenüber früher liegt u.a. darin, dass das Protokoll frühzeitig verfügbar ist und nicht erst mit dem Jahresbericht fast ein Jahr nach der Versammlung versandt wird.

Zum Protokoll werden weder eine Diskussion noch inhaltliche Änderungen gewünscht. Es wird einstimmig genehmigt und mit einem Applaus verdankt.

### 4. **Abnahme des Berichtes über das 96. Verbandsjahr 2012**

4.1. Der Jahresbericht wurde dieses Jahr, wie bereits erwähnt, erstmals im Internet publiziert. Inhaltlich beschränkt er sich auf die Personalanliegen im Kanton und in den Gemeinden. Daraus wurden die Eckpfeiler wiedergegeben und dazu Erreichtes und Nichterreichtes festgehalten. Der Präsident hofft, mit der Form und dem Inhalt des Jahresberichts den Bedürfnissen der Mitglieder gerecht geworden zu sein.

4.2. Benno Lindegger fasst die Entwicklung im Personalrecht in den letzten 12 Monaten wie folgt zusammen:

- Im Februar 2013 beschloss der Kantonsrat das Sparpaket III. Von den insgesamt 150 Mio. Franken sollen 6,9 Mio. beim Personal geholt werden. Was das im Detail bedeutet (Entlassungen oder nur Personalstopp), wird am 6. Mai 2013 bekannt, wenn die Regierung ihr Konzept dazu offen legt.

- Bei der Besoldung gibt es keine positiven Neuigkeiten. Im Gegenteil hat das Personal im Portemonnaie immer weniger, einerseits mit der Reduktion des einen Lohnprozentes ab dem Jahr 2014 gemäss Sparpaket III und andererseits aus der Pensionskassengeschichte mit der demographischen Anpassung 1,3% und dem einen Prozent Arbeitnehmerbeteiligung bei der Ausfinanzierung der PK, also alles in allem ein Minus von über 3%. Damit sind sie indexmässig über 15 Jahre zurück versetzt. So einfach kann man am Rad der Zeit drehen.

- Zur Verselbständigung der Pensionskasse findet man auf der PK-eigenen Homepage ab sofort neue Informationen und die Bewerbungsunterlagen für Personen, die sich als Stiftungsrat in die neue Pensionskasse wählen lassen wollen.

4.3. Unter Anwendung von Slogans versucht der Präsident nun die Entwicklungen im Personalrecht der Arbeit der Personalverbände gegenüber zu stellen.

4.3.1. Zur **Lohnrunde 2013** passt seiner Meinung nach der Slogan: „Vom Regen in die Traufe.“

Am 15. November 2012 ist das Personal bekanntlich unter dem Titel „Sparschweine- rei = Lohnkürzungen nein“ sozusagen in den Strassenkampf gezogen. Treffpunkt war die Marktgasse in St.Gallen. Das Echo war gross mit 4000 Teilnehmern und mit Meldungen in allen Medien, sogar in der Tagesschau des Schweizer Fernsehens. Der Aufwand hierfür war für alle Beteiligten riesig.

Ob das Ganze unter dem berühmten Strich überhaupt irgendetwas gebracht hat, ist fraglich. So hat das Parlament wohl als Folge dieses Auftritts auf die beabsichtigte Lohnkürzung von 1,5% verzichtet. Diese Lohnkürzung wäre für ein Jahr erfolgt. Der Kantonsrat hat im Gegenzug eine Lohnreduktion von 1% über die Folgejahre vorgegeben. Also muss man nicht gross rechnen, um zu erkennen, dass die neue Lösung deutlich schlechter ist. Man kann sich natürlich noch fragen, ob die Kürzung von 1%

ohnehin und zusätzlich zu den 1,5% veranlasst worden wäre. Wenn ja, so hätte das Personal wenigstens etwas herausgeholt. Wenn nein, hätte es verloren. Deshalb der Slogan: Vom Regen in die Traufe. Die Tatsache, dass das Resultat nicht eingeordnet werden kann, macht die Arbeit des Verbandes nicht unbedingt einfach.

#### 4.3.2. Zur **Verselbständigung der Pensionskasse:**

„Schlecht verhandelt und letztlich gar über den Tisch gezogen?“

Gemäss der ersten Lesung im Kantonsrat hätten sich die Versicherten nicht an der Ausfinanzierung der PK beteiligen müssen. Das Resultat dazu war zugegebenermassen knapp, aber es stand. Die Personalverbände haben in der Folge aus freien Stücken angeboten, dass sie sich an der Ausfinanzierung beteiligen. Massgebend dafür war die Einschätzung der Kantonsräte, die dem Personal nahe stehen. Diese erhofften sich aus dem Zugeständnis einer Mitarbeiterbeteiligung, dass im Kantonsrat und bei der Volksabstimmung bessere Chancen für die Annahme des Projektes bestehen. So erlaubt die Mitarbeiterbeteiligung die Argumentation: ja die Ausfinanzierung der PK ist teuer; aber immerhin beteiligen sich die Versicherten daran und machen nicht einfach die hohle Hand. Also kann man das Ganze durchwinken.

Das Angebot der Personalverbände bestand bei maximal 50 Mio. für eine Arbeitnehmerbeteiligung. Was ist passiert? Das Personal bezahlt neu gemäss dem Beschluss des Kantonsrates maximal 75 Mio. und muss zusätzlich schlechtere Parameter zum Beispiel bei Zinsfragen entgegen nehmen.

Aufgrund dieses Resultats stellt sich die Frage, ob es sinnvoll war, dass die Personalverbände vorgeprescht sind und von sich aus eine Arbeitnehmerbeteiligung angeboten haben. Oder wäre es besser gewesen, nichts anzubieten. Von Nichts und den von der Vorberatenden Kommission geforderten 100 Mio. ist die salomonische Mitte 50 Mio. Von den von den Personalverbänden offerierten 50 Mio. und den 100 Mio. gemäss Vorberatender Kommission ist die Mitte 75 Mio., was wir nun aufgetischt erhalten haben. Auch hier ist guter Rat teuer. Unangenehm findet Benno Lindegger, dass bei solchen Sachverhalten mit solchen grossen Beträgen das Taktieren überhaupt ins Spiel gebracht wird. Aber so sei nun einmal die Politik.

#### 4.3.3. Zum **neuen Personalrecht**, eingeführt per 1. Juni 2012

Hier bietet sich die Metapher an: „Fluch oder Segen?“

Das neue Personalrecht ist bekanntlich deutlich mehr dem OR angelehnt, was seinerzeit Regierungsrat Schönenberger so explizit vorgegeben hat. Weggefallen ist beispielsweise die aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln bei Kündigungen. Demgegenüber gibt es eine Schlichtungsstelle, die frühzeitig Lösungen treffen kann bzw. könnte.

Bis heute ist der Verbandspräsident als Rechtsanwalt unter dem neuen Recht mehr mit der fehlenden aufschiebenden Wirkung von Rechtsmitteln konfrontiert als mit Erfolgen der Schlichtungsstelle zu Gunsten des Arbeitnehmers. Konkret sind nämlich die Möglichkeiten bei drohender bzw. ausgesprochener Kündigung heute deutlich eingeschränkter als früher. Dies war bekannt und musste damals hingenommen werden. Heute haben wir die Bestätigung dazu, sofern dies überhaupt erforderlich war.

#### 4.4. Obwohl sich diese Wortspiele beliebig fortführen liessen, setzt Benno Lindegger hier aber einen Punkt, und zwar mit der Überschrift zu einem Artikel in der Ostschweiz am Sonntag. Dieser lautet: „St.Gallen ist unterdurchschnittlich“. Zufügen müssten man noch: „vor allem beim Personal.“

Die Schlussfolgerungen aus diesen Wortspielen zeigen einmal mehr, dass die Personalverbände sich in Zukunft mehr um den Kantonsrat bemühen müssen, denn er alleine gibt die Inhalte beim Personal in den Grundzügen vor, und er überstimmt dabei sogar die Regierung als unmittelbaren Arbeitgeber.

Der fehlende Support im Kantonsrat für die Personalanliegen wurde bereits anlässlich des Podiums mit Kantonsräten an der letztjährigen Mitgliederversammlung kritisiert. Genützt hat es wenig, vielleicht auch weil wir zu anständig aufgetreten sind. Unsere Fragestellungen damals waren zu pauschal und sie blieben ohne verbindliche Antwort. Heute aber haben wir uns um eine Antwort oder wenigstens um Lösungsansätze zu bemühen. Andernfalls werden wir weiterhin vom Kantonsrat nicht wahrgenommen und er macht Vorgaben, die das Personal für den Kantonsrat als unwichtig erscheinen lassen.

Wie die Wahrnehmung der Personalverbände selbst bei den Fraktionspräsidenten des Kantonsrates ist, mussten wir bei der Aussprache mit diesen zur Aktion Sparschweineerei erfahren. Zu begrüßen ist die Bereitschaft der Fraktionen, mit uns überhaupt an einen Tisch zu sitzen. Dies ist nämlich bisher einzigartig. Fragwürdig sind demgegenüber das Wissen und daraus das Wollen der Fraktionspräsidenten zum Personal. Die Voten waren so, dass verschiedentlich die Nachfrage nötig war, ob das Gesagte wirklich ernst gemeint sei.

- 4.5. Nun spätestens daraus ist klar, dass die Personalvertreter bei der Positionierung des Personals dringenden Handlungsbedarf haben. So genügt es nicht, wenn sie sich an die Regierung halten und mit dieser zweckmässige Lösungen aushandeln. Diese Lösungen müssen auch im Kantonsrat Bestand haben, d.h. sie müssen dort mehrheitsfähig sein. Im Kantonsrat werden die Verbände aber nur über die Gewerkschaftsvertreter und die SP definiert, womit es im Endergebnis immer in etwa dieselben 2 Protagonisten sind, die sich für das Personal einsetzen – leider oftmals mit unerwünschtem Ausgang und natürlich für diese beiden Vertreter auch ziemlich frustrierend. Zielsetzung muss deshalb sein, dass wir uns beim Kantonsrat mit unseren Anliegen bemerkbar machen und letztlich durchsetzen können. Dazu brauchen die Verbände ihre Mitglieder. Der Präsident ersucht die Mitglieder, bei den ihnen bekannten Kantonsräten aktiv zu lobbyieren – gerade für die bevorstehende Sondersession zum Entlastungspaket im Juni 2013. Die Delegierten der Personalverbände machen dasselbe über die sogenannte Präsidentenkonferenz, dem Zusammenschluss aller Personalverbände. Diese Konferenz ist äusserst breit zusammengesetzt. So sind rund 20 Verbände in der PVK organisiert, es sind dies beispielsweise die Volksschullehrer, das Gesundheitspersonal, der VPOD, die Gerichtspräsidenten und –schreiber, die Assistenzärzte, die Oberärzte und sogar die Chefärzte, die Staatsanwaltschaft und die Polizei und letztlich unser Verband mit seiner nicht unbedeutenden Anzahl an Mitgliedern aus Kanton und Gemeinden.
- 4.6. Was die Personalverbändekonferenz gegen aussen fordert, gilt natürlich auch für jeden Verband intern. Zielsetzung ist, dass die Personalverbände möglichst viele Mitglieder repräsentieren. Dann erreichen sie auch das notwendige Gewicht bei der Gegenseite. Leider aber hat unser Verband, wie bereits im schriftlichen Bericht prominent ausgeführt wurde, derzeit einen Mitgliederschwund hinzunehmen. Offensichtlich interessieren sich viele nicht für ihre Anstellungsbedingungen oder sie sind der Meinung, dass es die andern schon richten. Sowohl das Eine als auch das Andere schadet und deshalb bittet Benno Lindegger alle Mitglieder, auch bei den Arbeitskollegen für den Verband zu werben. Dies kann jeder mit gutem Gewissen tun, denn der Verband macht weder Schlechtes noch Verbotenes. Auch Kuriositäten sollen doch gemeldet werden, wie die Geschichte mit der Personalchefin aus dem Rheintal. Diese entgegnete bekannterweise einem unserer Mitglieder, nein, bei ihnen in der Gemeinde bräuchte man keinen Personalverband. Sie regelten allfällige Probleme direkt vom

Arbeitgeber her. Dieses Verständnis von Sozialpartnerschaft ist doch tatsächlich kurios.

Argumente für einen Beitritt gibt es viele, wenn nicht bei uns, so bei einem anderen passenden Verband. Für einen Beitritt in den SGKGP offerieren sich ganz pragmatische Gründe, so bspw., dass der Mitgliederbeitrag bereits amortisiert ist, wenn der Lohn des Mitglieds um 1% variiert, wenn es eine Rechtsauskunft von 10 Minuten benötigt oder wenn es eine der Versicherungen mit Rabatt abschliesst oder trivial, aber doch ernst gemeint, wenn das Mitglied an einer Mitgliederversammlung teilnimmt und vom Apéro riche kostet. Hinzu kommt die eigentliche Verbandsarbeit in den Gremien, wo der Verband ja prominent auftritt. Dazu erhofft sich der Präsident, dass die Personalverbände nicht nur Lückenbüsser für Regierung und Parlament sind, sondern auch in den heutigen finanziell schwierigen Zeiten mit ihren Anliegen Gehör finden.

- 4.7. Am Ende des Jahresberichtes bedankt sich der Präsident beim Vorstand für dessen Arbeit, was mit einem Applaus der anwesenden Mitglieder quittiert wird.

Die Vizepräsidentin Jeannine Cavalleri lässt über den Jahresbericht des Präsidenten abstimmen. Er wird einstimmig angenommen und ebenfalls mit Applaus verdankt.

## **5. Abnahme der Jahresrechnung 2012 und des Revisorenberichtes 2012**

Die Jahresrechnung und der Revisorenbericht 2012 wurden zusammen mit dem Budget 2013 ebenfalls auf der Verbandshomepage aufgeschaltet. Der Präsident gibt dazu noch folgende Erklärungen ab: Im Jahr 2012 wurde ein Gewinn von rund CHF 14'000.00 erzielt. Dieses Ergebnis überschreitet die budgetierten Gewinnvorgaben von CHF 1700.00 erheblich. Der Grund dafür liegt einerseits in deutlich tieferen Prämien für die Rechtsschutzversicherung und andererseits im Inkasso der Versicherungscourtage bei unserem Mäkler (vgl. „sonstige Zuwendungen“). Hierzu bedurfte es mehrerer eingeschriebener Sendungen und letztlich der Androhung einer Strafklage. Was heute zählt ist, dass das Geld eingetroffen ist und der Mäkler nicht mehr für den Verband arbeitet.

Ein derart hoher Gewinn ist grundsätzlich nicht angezeigt. Allerdings war diese Entwicklung für den Vorstand nicht absehbar. Bei der Festsetzung der Mitgliederbeiträge 2014 soll dieser Tatsache aber Rechnung getragen werden.

Es wird keine Diskussion zur Jahresrechnung 2012 gewünscht, ebenso wenig wird das Verlesen des Revisionsberichtes verlangt. Die Jahresrechnung 2012 wird einstimmig genehmigt und dem Vorstand Décharge erteilt.

## **6. Festsetzung des Jahresbeitrages 2014 und Genehmigung des Budgets 2013**

- 6.1. Beim Voranschlag 2013 wurde nach wie vor von höheren Versicherungsprämien für den Rechtsschutz ausgegangen. Der Grund liegt in den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Ziel, den Rechtsschutz aufgrund des neuen Personalrechts bereits im Beratungsstadium anzusetzen. Ein früherer Rechtsschutz würde aber eine leicht höhere Prämie pro Mitglied bedingen.

Unter diesen Vorgaben ist für 2013 ein Verlust von CHF 3'100.00 budgetiert. Der Präsident geht allerdings davon aus, dass dies eine sehr vorsichtige Budgetierung darstellt, und dass im Endeffekt mit einer schwarzen Zahl abgeschlossen werden kann. Nichts desto trotz bittet er die Mitglieder, dem Budget zuzustimmen.

- 6.2. Der Mitgliederbeitrag wird wie immer ein Jahr voraus bestimmt, also muss über den Beitrag 2014 abgestimmt werden. Der Vorstand erachtet eine Reduktion des Mitgliederbeitrags für 2014 als richtig, wobei davon Aktive und Passive betroffen sind. Der Aktivbeitrag wird von CHF 48.00 auf CHF 44.00 reduziert und der Passivbeitrag von CHF 20.00 auf CHF 18.00. Diese Reduktion von total rund CHF 5'000.00 sollte im Jahr 2014 aufgefangen werden können. So sollten bis dahin die Verhandlungen betreffend Rechtsschutz-Prämie und ebenfalls betreffend ZV-Zeitungskosten abgeschlossen sein, was zum dem erforderlichen verbesserten Ergebnis führen wird. Das Eigenkapital von CHF 60'000.00 erlaubt im Bedarfsfall auch einmal einen Bezug. Der Verband benötigt kein derart hohes Eigenkapital, ergeben sich daraus doch nur wenig erwünschte Zusatzaufgaben, wie eine gewinnbringende Anlage des Kapitals, was heute bekanntlich ein schwieriges Unterfangen ist.

Zum Thema ZV-Zeitung wollte das Mitglied Ernst Roth gerne den Stand der Dinge erfahren. Der Präsident informiert, dass der Vorstand mit dem ZV immer noch nach kostengünstigeren Lösungen für den Verband sucht.

- 6.3. Es folgt die Abstimmung über den Jahresbeitrag 2014 und das Budget 2013.

Das Budget 2013 wird wie vom Vorstand vorgeschlagen einstimmig angenommen.

Ohne Diskussion werden auch die empfohlenen Jahresbeiträge für das Jahr 2014 (CHF 44.00 für die Aktiven und CHF 18.00 für die Pensionierten) einstimmig gutgeheissen. Für die Mitglieder des ehemaligen Strassenverbandes gibt es ab 2014 keine Vergünstigungen mehr.

## 7. **Varia**

Der Termin der HV 2014 ist noch offen. Die Mitglieder werden frühzeitig über das Datum informiert. Austragungsort ist auf alle Fälle wiederum der Pfalz Keller.

Nach Abschluss des statutarischen Teils der Mitgliederversammlung 2013 begrüsst Benno Lindegger den inzwischen eingetroffenen Stadtrat Fredy Brunner, welcher die Anwesenden aus erster Hand über die geplante Neugestaltung des St. Galler Bahnhofplatzes und das neue Mobilitätskonzept informiert.

Ausserdem gibt er Erklärungen zum Thema „Überführung der VBSG in eine Aktiengesellschaft“ ab. Es werde oft von einer Privatisierung gesprochen, was nicht korrekt sei, da sich eine AG weiterhin im Besitz der öffentlichen Hand befinden würde. Eine Aktiengesellschaft biete einfach die nötigen Voraussetzungen für die Schaffung einer leistungsstarken modernen Personentransportunternehmung zusammen mit den anderen sechs Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr der Region, die alle bereits Aktiengesellschaften sind.

Wie zu Beginn der Versammlung versprochen, erlaubt der Zeitplan anschliessend noch den gemütlichen Genuss des bewährten Apéro Riche, für den wiederum René Rechsteiner, besser bekannt als der Bierfalken-Wirt von der Spisergasse, verantwortlich ist. Um 20:15 Uhr lichten sich die Reihen allerdings schnell, wie es der Präsident vorausgesehen hatte, da der Champions-League-Match zwischen dem FC Bayern München und dem FC Barcelona um 20.45 Uhr angepiffen wird.

Für das Protokoll:

Brigitta Sonderegger  
31. Mai 2013